

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8399

"Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8399 vom 15.10.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10409 des SO vom 04.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10604 vom 16.03.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mithilfe einer kommunalen Quote die Aufnahme von Flüchtlingen im Gemeinschaftssystem gerecht und solidarisch zu gestalten. Alle Städte und Gemeinden sollen dazu angehalten sein, pro 1.000 Einwohner jeweils 15 Flüchtlinge und Asylbegehrende aufzunehmen, zu versorgen und unterzubringen.

Begründung:

Die Herausforderungen der Flüchtlingsbewegungen können nur gemeinsam bewältigt werden. Der Großteil der bayerischen Städte und Gemeinden engagiert sich sehr und geht aktiv voran bei der Unterbringung, Verpflegung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge. Leider gibt es aber auch Kommunen, die sich bisher nicht im selben Maße engagiert haben.

Eine Aufnahmekquote von 1,5 Prozent für alle Städte und Gemeinden ist ein erster Schritt, um eine gerechte, flächendeckende und solidarische Verteilung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden langfristig zu gewährleisten. Weiterhin könnten so die Städte und Gemeinden entlastet werden, die nach eigenen Angaben über keine weiteren Aufnahmekapazitäten mehr verfügen. Eine solidarische Flüchtlingsverteilung in Bayern kann außerdem dazu dienen, Befürchtungen, dass die Hilfsbereitschaft in den Kommunen, die besonders vielen Flüchtlingen und Asylbegehrenden Unterkunft gewährt haben, abnimmt, entgegenzuwirken.

Um den Städten und Gemeinden genügend Zeit zu geben, die benötigte Infrastruktur für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden zu schaffen, wird eine Übergangsfrist von sechs Monaten bis zum Inkrafttreten der 1,5 Prozent-Quotenregelung empfohlen.

Die Erfahrungen des letzten Jahres haben bewiesen, dass frühzeitig Konzepte und Maßnahmen beschlossen werden müssen, um ausreichend viele Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbegehrende zu schaffen. Ausschließlich behelfsmäßige Unterkünfte oder eine dauerhafte Unterbringung in Turnhallen oder Zelten sind in den Wintermonaten keine Alternativen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/8399**

Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Martin Neumeyer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 4. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/8399, 17/10409

Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Ich verweise hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen
Voten der Fraktionen auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese
Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 6)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Februar 2016 (Vf. 3-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Satz 1 i.V.m. der Anlage der Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bürgerrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) vom 10. November 2015 (GVBl S. 398, BayRS 400-6-J)
PII/G 1310.16-0002
Drs. 17/10442 (E)
 - I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterbringung von Flüchtlingen verbessern
Drs. 17/8204, 17/10174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlingsaufnahme in Bayern gerecht gestalten
Drs. 17/8399, 17/10409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Einführung einer amtlichen Wohnungslosenstatistik
Drs. 17/8640, 17/10410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern – Erstellung eines Gewerbelehenkatasters
Drs. 17/8901, 17/10417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Wege im Bibermanagement
Drs. 17/9365, 17/10264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Goppel, Oliver Jörg, Karl Freller u.a. CSU
Sicherstellung der Verwendung der Lehrauftragsmittel für das Studienfach Musik
Drs. 17/9926, 17/10462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewalt gegen Rettungskräfte – Hinschauen statt wegschauen!
Drs. 17/9805, 17/10327 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rettungskräfte besser vor Gewalt schützen!
Drs. 17/10136, 17/10328 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache machen – Amt des
Ehrenamtsbotschafters oder Ehrenamtsbeauftragten neu besetzen
Drs. 17/9189, 17/10457 (G)[X]

Gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>